



# Holprige Umsetzung

Im Jenaer Stadtrat wurde ein Härtefallfond beschlossen, um Strom- und Heizungssperren zu vermeiden. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Lena Saniye Güngör, meint: Das reicht noch nicht! Es bedarf weiterer Maßnahmen, um auch Vereine vor der Kostenexplosion zu schützen.

Die explodierenden Preise für Gas und Energie werden schnell zur sozialen Krise. Viele Menschen haben Angst, sich das Nötigste bald nicht mehr leisten zu können. Um sie nicht im Kalten und Dunkeln sitzen zu lassen, hat DIE LINKE im Jenaer Stadtrat gemeinsam mit den Fraktionen der Grünen und der SPD, ein umfangreicheres Maßnahmen-Paket entwickelt. Es soll vor allem den großen Härten entgegenwirken. Das zentrale Anliegen der LINKEN ist die Vermeidung von Strom-, Heizungs- und Wassersperren. Dazu soll der Oberbürgermeister Thomas Nitzsche (FDP) ein Konzept mit dem Grundversorger Stadtwerke Jena entwickeln. Notfalls, so der Beschlusstext, soll die Stadt dazu auch Haushaltsmittel für einen Härtefallfonds bereitstellen.

Flankiert wird dieser Punkt durch weitere Maßnahmen. So sollen die bestehenden Informations- und Beratungsangebote zur Verhinderung von Sperrungen leicht zugänglich und in mehreren Sprachen zur Ver-



Proteste gegen drohende Stromsperren.

fügung gestellt werden. Gleichzeitig sind die Institutionen in der Stadt, die dergleichen anbieten, zu stärken und zu vernetzen. Ein „Runder Tisch Energie“ soll die drohende

Energiearmut und andere Auswirkungen der Krise regelmäßig bearbeiten. Die Stadtverwaltung ist zudem aufgefordert, den Menschen in Jena Informationen zum Energie-

sparen bereitzustellen. Zudem soll sie selbst ein Arbeitsprogramm vorlegen, um Einsparungen im eigenen Verantwortungsbereich zu erzielen. Schließlich ermöglicht ein sozial gestaffeltes, kommunales Förderprogramm für Photovoltaik-Kleinanlagen auch Menschen mit niedrigerem Einkommen, selbst zum Energieerzeuger zu werden. Der Beschluss des Antrags mit diesen Inhalten wurde mit knapper Mehrheit im Jenaer Stadtrat gefasst. Die Umsetzung erweist sich derzeit noch als holprig. So gibt es weiterhin Widerstand gegen den Härtefallfonds in der Verwaltung und anderen Fraktionen, auch wenn dieser nur als Möglichkeit benannt wurde. Jetzt schon ist aber erkennbar, dass zukünftig noch Maßnahmen folgen müssen, um auch Vereine und Verbände vor existenzbedrohenden Kostensteigerungen zu schützen.

Lena Saniye Güngör

## Auch in schweren Zeiten handlungsfähig

Rot-Rot-Grün unterstützt die Kommunen mit fast 50 Millionen Euro für Geflüchtete aus der Ukraine.

Der Landtag hat in seiner letzten Sitzung die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge gesetzlich auf den Weg gebracht. „Wir werden unserer landespolitischen Verantwortung gerecht und sorgen für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge aus der Ukraine. Entsprechend unterstützen wir die Kommunen, indem 49,5 Millionen Euro gesetzlich abgesichert werden. So werden die Kommunen das Geld auch zeitnah erhalten können“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Sascha Bilay, in seiner Rede im Landtag.

Man habe zudem eine neue Regelung geschaffen, dass die Kommunen im



2.000 bis 3.000 Geflüchtete kommen jeden Monat aus der Ukraine nach Thüringen. 28.850 waren im Oktober offiziell gemeldet.

nächsten Jahr möglicherweise entstehende Kosten gegenüber dem Land per Antrag zurückfordern können. „Wir zeigen damit auch als Land, dass wir die Handlungsfähigkeit in schwierigen Zeiten, in Krisenzeiten behalten“, betonte Sascha Bilay im Landtag.

### Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER  
Kommunalpolitisches Forum  
Thüringen e.V.  
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann  
Landesgeschäftsstelle  
Trommsdorffstraße 4  
99084 Erfurt  
Telefon: 0361 54128389